
**GRÜNE, PARTEI und VOLT-Ratsgruppe,
SPD, CDU, GöLinke und FDP Fraktionen,
und Francisco Welter-Schultes im Rat der Stadt Göttingen**

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen	Zimmer 130 Tel.: 0551-400 2785 E-Mail grueneratsfraktion@goettingen.de
PARTEI und VOLT-Ratsgruppe, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen	Zimmer 127 Tel.: 0551-400 3077 E-Mail PARTEIundVolt-Ratsgruppe@goettingen.de
CDU-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen	Zimmer 119 Tel: 0551-400 2215 E-Mail cdu-fraktion@goettingen.de
FDP-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen	Zimmer 196 Tel.: 0551-400 2499 E-Mail FDP-Fraktion@goettingen.de
SPD-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen	Zimmer 199 Tel.: 0551-400 2290 E-Mail spd-fraktion@goettingen.de
GöLinke-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen	Zimmer 1126 Tel.: 0551-400 2347 E-Mail GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de
Francisco Welter-Schultes / Bündnis für nachhaltige Stadtentwicklung	

Göttingen, 25.02.2022

Antrag für die Sitzung des Verwaltungsausschusses Stadt Göttingen am 28.02.2022

Resolution des Rats der Stadt Göttingen und der Georg-August-Universität Göttingen zu russischen Kampfhandlungen auf ukrainischem Boden

Der Rat der Stadt Göttingen und der Georg-August-Universität Göttingen verurteilen den völkerrechtswidrigen Einmarsch Russlands in die Ukraine scharf. Es handelt sich um eine Zäsur, einen Angriff auf die internationale Ordnung und die europäische Sicherheitsarchitektur. Für das militärische Vorgehen Russlands gibt es keine Rechtfertigung.

Der Rat der Stadt und die Georg-August-Universität Göttingen fordern die russische Führung auf, die Souveränität der Ukraine anzuerkennen, die Truppen vom ukrainischen Staatsgebiet abzuziehen und die Invasion mit sofortiger Wirkung zu beenden. Auch die Anerkennung der Separatistengebiete Luhansk und Donezk verurteilen wir als einen Akt Russlands völkerrechtswidriger Destabilisierungsstrategie. Die Gebiete sind Teil des Territoriums der Ukraine, die ein souveräner Staat mit einem Recht auf vollständige Selbstbestimmung ist.

In diesem Konflikt kann es nur eine diplomatische Lösung geben. Die Wahrung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Lebens der ukrainischen Bürger*innen in Selbstbestimmung, Würde und Freiheit ist für die Stabilität der internationalen Ordnung unerlässlich. Der Rat der Stadt und die Georg-August-Universität Göttingen solidarisieren sich mit den Bürger*innen der Ukraine und fordern die Europäische Union und die Bundesregierung auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um denjenigen, die vor dem Krieg fliehen, eine menschenwürdige Flucht und sichere Unterkunft zu ermöglichen.

Wir begrüßen die Ankündigung der Landesregierung, ukrainische Geflüchtete aufzunehmen. Weitergehend erklärt sich die Stadt Göttingen bereit, ukrainische Geflüchtete über das Landeskontingent hinaus aufzunehmen. Göttingen fühlt sich als demokratische Stadt den Menschenrechten verpflichtet. Wir sind sicherer Hafen – auch für Bürger*innen der Ukraine.

Um die Solidarität der Stadt Göttingen mit der Ukraine symbolisch auszudrücken, wird am 18. März, dem 8. Jahrestag der unrechtmäßigen Annexion der Krim durch Russland, die ukrainische Flagge vor den öffentlichen Gebäuden der Stadt gehisst.

Begründung

In einer voraufgenommenen Wutrede vom 21.02.2022 hat der russische Präsident Vladimir Putin die beiden Separatistengebiete auf ukrainischem Boden, Luhansk und Donezk, als eigenständige Staaten anerkannt und im Anschluss ein militärisches Bündnis mit ihnen geschlossen. Wenige Stunden später waren russische Truppen mitsamt Panzern an der Kontaktlinie zur ukrainischen Armee. Durch diese indiskutable Verletzung der territorialen Integrität beerdigt er das Abkommen von Minsk. In der Nacht zum 24. Februar startete Russland umfassende Angriffe auf militärische Ziele und große ukrainische Städte. Expert*innen gehen davon aus, dass die Entscheidung zu diesem Vorgehen bereits getroffen worden sein muss, als sich Macron und Scholz noch Tage vorher zu diplomatischen Gesprächen nach Moskau begeben haben. Putin nennt es zynischerweise eine „Friedensmission“, doch völkerrechtlich handelt es sich ganz klar um eine einseitige Invasion eines unabhängigen Staates. Es handelt sich um einen Völkerrechtsbruch in einem Ausmaß, der in diesem Konflikt neu ist, um den Völkerrechtsbruch, wie er lange befürchtet wurde. Russlands Berufung auf vermeintliche Sicherheitsinteressen sind hierbei nur eine unhaltbare Rechtfertigung nach innen, die als solche benannt werden muss. Es ist furchtbar, dass Menschen, die uns so nahe sind, die sich ein friedliches Leben in einer Demokratie wünschen, die Aussicht auf dieses Leben brutal genommen werden soll. Vom Rat der Stadt soll ein gemeinsames, starkes Zeichen ausgehen: Demokratinnen und Demokraten stehen in dunkelsten Zeiten zusammen.

erforderliche Unterschriften lagen vor